



Brüssel, 05. November 2013

Hans-Peter Mayer (EVP/CDU):

Fluggastrechte: Klare Regeln bringen besseren Service

Passagiere haben Anrecht auf Beförderung / Höhere Gewalt nicht überstrapazieren / Stellungnahme Verbraucherschutzausschuss EU-Parlament

Die Überarbeitung der EU-Verordnung zu Fluggastrechten kommt in ihre heiße Phase. Heute verabschiedete der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europaparlaments seine Stellungnahme. Die Regelungen für Erstattungen bei größeren Verspätungen, Überbuchungen oder Ausfällen werden neu gefasst. „Wir brauchen eine Regelung, die den Service der Fluglinien so verbessert, dass Ansprüche gar nicht erst entstehen. Im Mittelpunkt müssen die Passagiere stehen“ sagte der Berichterstatter des Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschusses, Hans-Peter Mayer (CDU).

Die Abgeordneten wollen für „außergewöhnliche Umstände“, in denen sich Airlines Erstattungs- oder Kompensationsforderungen entziehen können, möglichst eng fassen. „Nicht für alles und jedes kann es eine Entschuldigung geben. Das sorgt auch für mehr Rechtssicherheit und Klarheit für beide Seiten“, so Mayer.

Zum umstrittenen Nicht-Erscheinen von Fluggästen („No-show“) möchte der Ausschuss klarstellen, dass für bezahlte Tickets entsprechend Plätze vorgehalten werden müssen. „Bei einem nicht angetretenen Hinflug beispielsweise kann nicht automatisch der Rück- oder Weiterflug verfallen. Für einen bezahlten Flug muss der Fluggast einen Platz erwarten können, auch bei Teilflügen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete.

Für Hotelübernachtungen bei unverschuldeten Verspätungen oder Annullierungen fordern die Abgeordneten maximal 175 Euro pro Nacht begrenzt auf fünf Nächte. Die EU-Kommission hatte maximal 100 Euro für höchstens drei Nächte vorgeschlagen. Für Flüge bis zu 3.500 Kilometer soll ab einer Verspätung von drei Stunden eine Pauschale von 250 Euro pro Flugstrecke erstattet werden, für längere Flüge soll es ab fünf Stunden Verspätung 600 Euro pro Strecke geben.

Die Verschleierung von Zusatzgebühren etwa für Gepäck oder Kreditkartenzahlungen wollen die Abgeordneten unterbinden. „Die letzten Schlupflöcher für Trickserien der Airlines müssen endlich geschlossen werden. Lockvogelangebote, deren Preis sich mit Koffer und Kartenzahlungen locker verdoppeln kann, darf es nicht mehr geben“, so Mayer. Der federführende Verkehrsausschuss des Europaparlaments wird am 17. Dezember abstimmen. Danach müssen sich Europaparlament und Mitgliedstaaten über die neue EU-Verordnung einigen.

Für weitere Informationen:

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer MdEP, Tel. +32 2284 7994; EVP-Presse, T. Bickl, Tel. +32 478 215372

Deutsche Pressestelle der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Thomas Bickl, Tel. +32 2 28 32002 oder + 32 478 215372

Lasse Böhm, Tel. +32 2 28 40774 oder +32 484 656897

Stella Mancini, Tel. +32 2 28 32275 oder +32 473 866138

Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044